

Gibt es einen „harten Kern“ der Europäischen Integration?

Annäherung an die Frage, warum EU und Euro bisher nicht auseinandergefallen sind

Sotiropoulos konstatiert völlig berechtigt, dass der Euro nicht einfach eine Währung, sondern ein Mechanismus ist: „It has set up a particular form of symbiosis among different capitalist economies.“ (Sotiropoulos 2012, 66) Allerdings bleibt der Autor dann auf der Hälfte des Weges stehen. Er betont berechtigt die Bedeutung der entstehenden Formen von Ausbeutung und Macht. Was ist aber die materielle Natur dieser „symbiosis among different capitalist economies“? Auf diese zentrale Frage verweist John Grahl bereits 2003. Er betont, dass die Globalisierung und der damit verbundene Prozess der Europäischen Integration nicht einfach eine politische Strategie sei „but also, and even more, the outcome of a deep change in productive structures, of a new phase in the socialisation of production.“ (Grahl 2003, 19) Wenn Grahl recht hat, hätte das tiefgreifende Auswirkungen auf die Strategiebildung aller politischen Kräfte. Dies würde bedeuten, dass der Euro und das gegebene Niveau der Europäischen Integration eine neue Realität geschaffen hat. Die Optionen linken politischen Handelns würden in einem neuen Rahmen gestellt sein, der Vorstellungen von einem Austritt obsolet machen würden. Die Linke wäre gezwungen, sich konsequent der Europäischen Integration zu stellen und politische Konzepte zur Gestaltung des Integrationsprozess, nicht des Ausstieges aus diesem zu entwickeln. All dies berührt nicht die Frage, dass die EU natürlich ein Projekt ist, das die Kapitalverwertung effektiver machen sollte und soll. Natürlich ist sie auf die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und die politische Sicherung dessen ausgerichtet. Um diese Funktionen zu erfüllen, musste und muss die EU aber den Realitäten in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung tragen – und veränderte und verändert sie gleichzeitig.

Die Hauptrichtung linker Diskussionen und linker Strategiebildung sind gegenwärtig allerdings immer noch auf das distributive und auf das politische Moment der EU konzentriert. Dies mag die Basis dafür zu sein, dass recht schnell über Austritte aus der EU oder der Euro-Zone gesprochen wird. Dies ist in der Regel mit der Vermutung der Wiedergewinnung von nationaler politischer Handlungsfähigkeit im Allgemeinen und linker Handlungsfähigkeit im Besonderen verbunden. Diese Position unterstellt, dass die EU eben keine „symbiosis among different capitalist economies“ ist, sondern nur eine Umverteilungsmaschine. Louçã legt nun in transform 10/2012 überzeugend dar, dass ein Austritt Portugals aus dem Euro desaströse Folgen für die Masse der Bevölkerung in dem Lande hätte und keinesfalls die Probleme des Landes lösen würde. (Louçã 2012) Das könnte begründen, dass die EU und der EURO eben doch eine „symbiosis among different capitalist economies“, und dies in einem sehr weitgehenden Sinne. Das würde bedeuteten, dass die EU nicht einfach, quasi von außen, durch die politische Macht und den Umverteilungswillen einer kleinen Gruppe zusammengehalten wird, sondern durch vielfältige Interessen- und ökonomische Verflechtungen, die in das alltägliche Leben aller eingreifen und nicht ohne substantielle Verluste zu kappen sind. Dafür spricht, dass die EU und der EURO bisher eben nicht zerfallen sind, obwohl seit Monaten derartiges immer wieder vorhergesagt wird. Ist die EU also mehr als die Summe ihrer Teile? (Brangsch 2009)

Der Beitrag wird diese Frage nicht erschöpfend beantworten können. Er soll vielmehr anregen, auch andere als die auseinandertreibenden Faktoren und gewalttätig-integrierenden Faktoren in den Blick zu nehmen und bei der Strategiebildung in Rechnung zu stellen. Nicht zuletzt sind damit auch Anforderungen an die

wissenschaftliche Analyse der ablaufenden Integrationsprozesse in ihrer Widersprüchlichkeit verbunden.

Widersprüchliche Bewertungen und Interpretationen

Politisch wird immer wieder der Erfolg des Projektes der Europäischen Integration betont. In der wissenschaftlichen Literatur hingegen wird mitunter bezweifelt, dass der Integrationsprozess tatsächlich einen wirtschaftlichen Effekt gehabt hat und ob er überhaupt „ökonomisch gerechtfertigt war und ist“. (Plumpe and Steiner 2008, 37) Plumpe und Steiner stellen diese Frage als Wirtschaftshistoriker. Diese Frage ist durchaus ernst zu nehmen und grundsätzlich von den populistischen Euro-Kritiken (in Deutschland z.B. die von Thilo Sarrazin) zu unterscheiden. Dahinter steht, dass die Quellenlage für eine seriöse Bewertung der Ganzheit der inneren Verflechtungen der EU und des Euroraumes schlecht ist. Der Binnenmarkt wird nach den Liberalisierungen und Privatisierungen der neunziger Jahre weitgehend als Eigenwert behandelt. Seine Untersuchung erfolgt bestenfalls auf hochaggregierter Ebene (etwa der Zahlungsbilanzen) oder in Detailfragen (etwa hinsichtlich der regionalen Wirkungen der Förderung durch die EU). Die Wissenschaft vollzog damit den Wechsel im Selbstverständnis der EU mit dem Beginn der neunziger Jahre nach. Überblickt man die Aussagen und die Datenbasis zur ökonomischen Verflechtung des EU-Raumes scheint sich die Union in einem wirtschaftspolitischen Blindflug zu befinden. Der EU-Industriekommissar Antonio Tajani stellte gerade fest, dass es nicht gelungen sei, das Zusammenwirken verschiedener EU-Initiativen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Wirkungen zu analysieren, fordert aber, die Industrie in die EU zurückzuholen. (Tajani 2012) In der entsprechenden Communication bleiben aber die Vorhaben auf Rahmensetzungen beschränkt. Deutliche strukturpolitische Ansätze finden sich nur sehr begrenzt. (Commission 2012b) Dies macht auf einen interessanten Widerspruch in der Strategie „Europa 2020“ der EU¹ aufmerksam. (Commission 2010b) Bereits 2010 wurde festgestellt: „Whilst the economic and financial crisis shifted the focus of industrial competitiveness policies towards short-term rescue and recovery actions, in the future the attention of policy makers has to focus on long-term structural challenges, in particular maintaining global competitiveness, climate change, energy, population ageing, skills and knowledge. In the context of fiscal consolidation, competitiveness strategies cannot be built on major spending programmes, but are more likely to address structural reforms in areas such as improving the business environment, modernising public administrations, improving companies’ ability to innovate or enhancing energy efficiency. At the same time, policy measures may be needed to accompany ongoing structural change within and across industries.“ (Commission 2010a, 30-31) Gleichzeitig finden sich sehr detaillierte Vorstellungen zu Richtungen des Strukturwandels. (z.B. Raumfahrttechnik, Sustainable mobility, Energieversorgung und -einsparung, die Entwicklung von stabilen Wertschöpfungsketten) In der bereits erwähnten Erklärung von Tajani wird der Kreis der als zentral erachteten Bereiche noch ausgeweitet. Aber – der Wandel soll, so wird ausdrücklich gesagt, ohne zusätzliche Ausgabenprogramme erfolgen. Die konkrete Ausgestaltung der Strategie muss so zwangsläufig diffus bleiben. Insofern ist zwar auf der Ebene der Zielbestimmungen eine Konkretisierung, hinsichtlich der Entwicklung von Durchsetzungsmechanismen dieser Strategie eher eine Stagnation seit 2002 zu konstatieren. (Commission 2002)

¹ Ein ausführlicher Überblick zur Strategie Europa 2020 unter http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm (Commission 2012e)

Offensichtlich ist bei der Erfassung und Beurteilung der Wirkungsweise der Integrationsprozesse in der EU der direkte Weg ungeeignet. Die Widerspruchskonstellationen in diesem Prozess bringen eine Differenz zwischen Absichten und Wirkungsweisen hervor; das Ziel der europäischen Integration realisiert sich anders, als die Politik dies eigentlich will und als der gesunde Menschenverstand es erwartet.

Das gilt aber auch bereits für die Zeit bis 1990. Zwei Beispiele dafür sind der ECSC und Euratom.

Untersuchungen zur ECSC (European Coal and Steel Community) zeigen auf der einen Seite die Begrenztheit unmittelbarer politischer Eingriffe, aber auf der anderen Seite auch die weitgehenden Wirkungen der Integration der Wirtschaftspolitiken auf dem Stahlsektor bis in die neunziger Jahre hinein. (Evers 2001, 203ff.) Die Entwicklung der ECSC umfasste verschiedene Etappen der EU-europäischen Integration. Hier war neben den politischen Zielen der Einbindung der BRD in das westliche System der Aspekt der Durchsetzung der Konkurrenz gegen die bestehenden und gerade in der BRD traditionell starken Monopolisierungstendenzen in der Schwerindustrie der maßgebende Ausgangspunkt. In einem Wechselspiel von Regulierung, Intervention durch Beihilfen und Protektionismus entstand schließlich bis Ende der achtziger Jahre eine Stahlindustrie, die bei aller Differenziertheit EU-europäisch geprägt war. Immer umfasste sie neben den unmittelbaren industrie- und wirtschaftspolitischen Komponenten auch sozialpolitische. (Grunwald 2003, 13f.) Trotz aller Krisen ist festzuhalten, dass selbst ohne unmittelbare Interventionen ein ökonomischer Effekt hinsichtlich der Veränderung der Arbeitsteilung innerhalb der EU realisiert wurde. Die Konkurrenz der Unternehmen und der Staaten erhielten einen Rahmen, der tiefergehende Krisen, vor allem politischer Natur, verhinderte. Sie machte die Integration nicht zu einem Prozess der sozialen Integration, veränderte aber auch das Soziale nachhaltig und in anderer Weise als in einem Westeuropa der freien Konkurrenz. Projekte wie ECSC und Euratom setzten Impulse für die unmittelbare Kooperation in der Industrie, scheiterten aber in der unmittelbaren Koordinierung. Die Impulssetzungen wurden von Unternehmen aufgenommen und teilweise mit staatlichen Hilfen unter unternehmensstrategischen Gesichtspunkten ausgenutzt. Andere Instrumente, wie die Struktur- und Sozialfonds wirkten vor allem indirekt, und wahrscheinlich nachhaltiger. Überhaupt ist die Geschichte der EU nur als Resultante dieser widersprüchlichen Tendenzen zu sehen – und die Schaffung von Rahmen für die Bewegung dieser Widersprüche macht den Erfolg und die Nachhaltigkeit der EU aus. Selbst dann, wenn sich im Prozess der Integration das Lebensniveau in den Regionen nicht angenähert hat, können die wirtschaftlichen Bindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten stärker denn je geworden sein.

Die aus dem Scheitern der einen Komponente der Politiken der Vorläuferorganisationen der EU bei Erfolgen auf anderen Gebieten resultierenden Erfahrungen führte in den achtziger und neunziger Jahren vor allem unter dem Druck der Globalisierung zu einem neuen Konsens unter den Mitgliedsstaaten, der eng mit der neoliberalen Wende und der Neukonfigurierung der Kräfteverhältnisse in Europa verbunden war. (Sifakis-Kapetanakis 2010, 79-83) Die EU definierte sich nun in der Sache bewusst nicht mehr nach innen, sondern als Sprungbrett für die Unternehmen in der internationalen Konkurrenz. Die treibende Kraft der Integrationsprozesse liegt also heute außerhalb der EU – bei den Konkurrenten USA, Japan, BRICS in einer, bei den Staatsgläubigern in anderer Hinsicht. Die Globalisierung war und ist der Bezugspunkt des Handelns der maßgeblichen Unternehmen, nicht die EU. Die Intensivierung und die Verschiebungen in

Handel und Produktion innerhalb der EU erklären sich zunehmend aus der Einbindung einzelner Unternehmen in die globale Wirtschaft. Zwangsläufig können die dabei entstehenden Wirtschaftsstrukturen nichts mehr mit nationalstaatlicher Reproduktionsfähigkeit zu tun haben. Sifakis ist absolut zuzustimmen, wenn sie an anderer Stelle feststellt: „... that in its current form the EMU’s institutional framework is not viable. It encourages the accumulation of lasting imbalances at the expense of Europe’s least developed nations. While giving rise to substantial costs and risks for these countries, it jeopardizes the institutions and mechanisms which would enable them to cope. An increasingly global market – to which the Treaty on the Single European Act contributed – reveals and accentuates the Community’s structural imbalance. The growing imbalance fuelled by the way the Eurozone currently operates is undermining the EMU itself.“ (Sifakis-Kapetanakis 2011) Zu unterstreichen ist hier die Formulierung „in its current form.“ Die Frage ist letztlich, ob tatsächlich eine EU-Ökonomie, eine „Quasi-Volkswirtschaft“ mit eigenen starken inneren reproduktiven Kreisläufen entstanden ist, die neue Formen einer EU, EMU bzw. Euro erzwingt – oder die Form der EMU abwerfen kann. Es gilt die Frage zu beantworten, welche Bedeutung die von der EU-Kommission festgestellten neuen Herausforderungen an die Einordnung der Wirtschaft der EU in die internationale Arbeitsteilung (Commission 2012g, 4) tatsächlich im Sinne einer „neuen Realität“ haben, also der Integrationsprozess praktisch irreversibel ist, und welche Rolle dabei der Euro spielt. Von der Beantwortung dieser beiden Fragen hängt in entscheidendem Maße ab, welche Strategie der Linken tragfähig ist.

Was ist die EU eigentlich?

Ein Blick auf die EU-Dokumente scheint zu bestätigen, dass die EU eine nachvollziehende, auf die Anpassung an äußere Gegebenheiten orientierte Struktur ist. Eine im Januar 2012 von der Kommission veröffentlichte Analyse zur Wirksamkeit der Krisenreaktionen fixiert vor allem auf die Anpassung an den weltwirtschaftlichen Strukturwandel, nicht auf seine Gestaltung. (Commission 2012a) Die entsprechenden Vorschläge sind unter dem Dogma der Selbstregulierungsfähigkeit der Wirtschaft adressiert. Die Bedeutung von Industrie, produktiven Dienstleistungen und Landwirtschaft und ihrer arbeitsteiligen Verknüpfung maskieren sich in der Politik und in der Wissenschaft heute hinter der Kategorie der Wettbewerbsfähigkeit. Denn die Analysen zeigen aber weiter, dass die Stärken der einzelnen Länder gestärkt wurden, um die Exportfähigkeit zu erweitern. Diese Richtung trifft zusammen mit den strukturellen Schwächen der Länder, die besonders hart von der gegenwärtigen Krise betroffen sind. Das reproduziert nicht nur deren Schwäche, sondern vor allem auch wesentliche Krisenursachen. Zentral ist dabei die Rolle des Automobilsektors, in dem exportorientiert immer mehr Kapazitäten aufgebaut werden. Er wird etwa im Falle Spaniens auch als Rettung betrachtet. Insgesamt hat die Investitionstätigkeit allerdings die Tendenz zur Stagnation, was bedeutet, dass Disproportionen sich vergrößern. (Commission 2012f, 28f.) Die Schwächen wie auch die Stärken ketten aneinander, wenn nicht quantitativ, so doch strukturell.

Es ginge also darum, die Ressourcen auf einen komplexen Umbau der Ökonomie insgesamt zu konzentrieren. Allerdings ist genau in dieser Situation (nicht verwunderlich) ein Abfluss von Kapital, z.B. aus Spanien zu beobachten.

Umstrukturierungen beziehen sich auf solche innerhalb des Bankensektors, nicht als solche in Industrie, Landwirtschaft usw. (Plenk et al. 2012, 23f.)

In diese Richtungen weisen auch alle Empfehlungen des IWF.

1. Die Forderung nach Wachstum – ohne dessen materielle Qualität zu bestimmen.
2. Die Forderung von Kürzungen in den sozialen Bereichen und bei den Löhnen, um Mittel für dieses Wachstum frei zu machen.
3. Die Forderung einer exportorientierten Entwicklung, getragen von einem entsprechenden wirtschaftlichen Strukturwandel.
4. Der Wandel braucht Zeit, die mit einer Politik des lockeren Geldes (also leichte Zugänglichkeit zu Krediten) überbrückt werden muss.

(Primorac 2012) (Hönighaus and Kaelble 2012) Die OECD empfiehlt Steuervergünstigungen, eine nachfrageorientierte Politik im Bereich der Innovationen, Förderung des Unternehmertums, die Entwicklung von clustern und „smart specialisation“, die Regulierung der Patentpolitik und die Entwicklung der IT- und Kommunikationsinfrastruktur. (OECD 2012)

Es wird aber nun konstatiert, dass Länder wie Griechenland mit Problemen ihrer Wirtschaftsstruktur konfrontiert sind. Die (wenigen) dazu vorliegenden Studien sind in dieser Frage eindeutig und glaubwürdig. (Schrader and Laaser 2012) Alle Rezepte und Empfehlungen weichen aber gerade diesem Problem aus.

Dies alles führt in ein Dilemma, das Karagiannis/Kondeas für Griechenland wie folgt beschreiben: "In formulating policies for economic restructuring and diversification, it is critical that the policies are components of a long-term strategy. Failure to do so could lead both to short-run highly partisan considerations dictated by socio-cultural impediments and pressing problems..., as well as the adaption of an ad hoc approach to development which is in conflict with the goal of a stronger economic fabric."

(Karagiannis and Kondeas 2012, 69) Tatsächlich stehen die langfristigen Interessen bezüglich der Lösung EU-Krise im Widerspruch zu den kurzfristigen Anforderungen, Erwartungen und Interessen, die sich vor allem in den Rendite-Erwartungen manifestieren. Insofern ist Griechenland exemplarisch für die Inkonsistenz der Politik der EU. Man darf aber, und dies sei noch einmal unterstrichen, Inkonsistenz von Politik nicht mit Wirkungslosigkeit verwechseln. Die Inkonsistenz bedeutet schlichtweg nur, dass die räumliche Verteilung der Produktivkräfte und die Entwicklung des Arbeitsvermögens in den Regionen nicht einer diesbezüglichen Strategie folgen sondern die Veränderungen anderen Kriterien folgen, Kriterien die in Unternehmensstrategien liegen! Die EU ist ein Integrationsraum, der sich der eigentlichen Eigenart seiner Integration nicht bewusst ist.

Die Frage aus theoretischer Sicht

Die durch die EU möglich gewordene Umverteilung zwischen verschiedenen sozialen Schichten, primär zwischen Kapital und Arbeit, ist für sich genommen schon ein starkes Motiv für den Erhalt dieses Wirtschaftsraumes. Dieser Umstand selbst ist aber gleichfalls erklärungsbedürftig. Umverteilung setzt voraus, dass es etwas zu verteilen gibt. Die politischen Rahmensetzungen für die Art und den Umfang der Verteilung findet in der Masse des zu Verteilenden eine gewisse Grenze. Diese Masse ihrerseits ist nicht aus der Vervielfältigung der finanziellen Ströme (als eines Teils des Dienstleistungssektors) allein zu erklären. Damit wird ein Ausschnitt der Reproduktion des Reichtums der Gesellschaft erfasst. Selbst dann, wenn man berechtigt die neue Qualität des Kapitalismus als von den Maßstäben der Verwertung des Geldkapitals in Rechnung stellt, bleibt die Produktion ein notwendiges Moment des Kreislaufes. Der Gesamtprozess der Reproduktion des Kapitals gerät in schärfste Widersprüche, nicht nur einer seiner Teile. (Busch 2012, 115) Der Aspekt der Produktion der materiellen Lebensgrundlagen, also die Rolle des Kreislaufes des produktiven Kapitals, angelegt in

Industrie und Landwirtschaft, fällt derzeit aber meist aus dem Blick der Analysen. Im Gegensatz dazu zeigt die Entwicklung in Griechenland, aber auch die wachsende Arbeitslosigkeit in den meisten EU-Ländern, wie wesentlich diese Entwicklung tatsächlich ist. Dabei ist noch nicht die ökologische Dimension des Problems, der wachsende Ressourcenverbrauch, berücksichtigt. Dies ist eigentlich erstaunlich, war doch die Krise ab 2007 auch in und erheblichem Maße eine Überproduktionskrise im klassischen Sinne. In der Bauindustrie und in der Automobilindustrie war das am deutlichsten sichtbar. Sichtbar wurde auch, dass bei aller Bedeutung des Finanzsektors die Stabilität des gesellschaftlichen Gefüges davon abhängt, inwieweit sich die Ergebnisse dieses Sektors in Waren aus den „klassischen“ Wirtschaftsbereichen umsetzen können. Natürlich sind die Strukturen der internationalen und regionalen Arbeitsteilung durch die Erwirtschaftungsmaßstäbe der Finanzoligarchie geprägt – aber sie sind damit auch ein Fakt, der bei der Analyse der Entwicklungen der EU bzw. des Euro nicht vernachlässigt werden können. Der Finanzsektor ist nicht einfach ein „dienender“ Sektor und ist es im Kapitalismus nie gewesen. Geld- und Kapitalkreisläufe allgemein und Kreisläufe des produktiven Kapitals entwickeln und modifizieren sich immer gemeinsam. Sie müssen gemeinsam als Momente einer neuen Realität verstanden werden, die die realen Spielräume für politisches Handeln prägen – im Sinne von Begrenzungen wie auch Potenzialen. Tatsächlich stellt sich die von Grahl aufgeworfene Frage nach der neuen Qualität der Vergesellschaftung als Frage nach der bleibenden Substanz der mit Globalisierung und Finanzialisierung bezeichneten Prozesse. Diese bleibende Substanz ist die mit der Finanzialisierung entstandene Möglichkeit, weltweit Ressourcen zu mobilisieren und alle lokalen Prozesse tatsächlich global zu verketteten. Die Form ist destruktiv – das Wesen ist revolutionär. Die beherrschende Stellung der Verwertung von Geldkapital bedeutet nicht, dass die anderen Momente des Kreislaufs unwichtig wären. Das Interesse der Kapitaleigentümer sagt nichts über die Bedeutung der Bereiche, die sie nicht vordergründig interessieren. Aber dieses Interesse bzw. Desinteresse diktiert weitgehend die Interpretation der Wirklichkeit. Die allermeisten Analysen folgen im besten Falle dem Beispiel Roubinis. Bei der Beschreibung der Krisen seit der Mitte der neunziger Jahre hat zwar die Überakkumulation, d.h. der Aufbau von Überkapazitäten in der elektronischen und Internetindustrie bis zur Krise 2000 oder die im Bereich der Immobilienwirtschaft bis 2007 einen Platz, aber eben nur in Form einer Erwähnung. (Roubini and Mihm 2010, 233-234) Beide Prozesse etablierten aber eine neue Realität, neue materielle Bedingungen für die Akkumulation auch des Geld- bzw. Finanzkapitals. Hinter den finanziellen Dimensionen der erwähnten Krise standen auch neue Finanzierungserfordernisse dieser Sektoren, vor allem des IT-Bereiches und auch neue politische Machtstrukturen. Die Absonderung der Analyse einzelner Ausschnitte des Prozesses der Kapitalreproduktion dürfte regelmäßig in eine Sackgasse führen, da er meist auf der einen Seite Illusionen über Handlungsspielräume erzeugt und andererseits den Blick auf Handlungsmöglichkeiten verstellt, die aus dem Gesamtgefüge der entstandenen Verhältnisse resultieren. Die Herausforderung besteht also darin, die Ganzheitlichkeit des Reproduktionsprozesses zum Ausgangspunkt für eine Bewertung der EU zu nehmen. Dazu gehört neben der Integration der Betrachtungen von Finanz- und produktivem Kapital auch die Berücksichtigung der dabei reproduzierten sozialen und politischen Verhältnisse.

Ein kurzer Blick auf die Analysen

Wie bereits angemerkt gibt es kaum unmittelbare Belege für die Entstehung eines Wirtschaftsraumes neuer Qualität. Das erstaunt angesichts der Vielzahl von Mechanismen, Regelungen und Verfahren, die von der EU ausgehen und dann auch als ausufernde Bürokratie kritisiert werden. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass immer nur einzelne Komponenten der ablaufenden Prozesse untersucht werden und damit die Ganzheit des Reproduktionsprozesses, wie gerade dargelegt, eben nicht gefasst werden kann. Und für sich genommen sind die Entwicklungen tatsächlich widersprüchlich und teilweise gegenläufig. Wichtig ist aber nicht der Erfolg einer bestimmten Maßnahme, sondern ihre Wirkung. Werfen wir einen Blick auf einige typische Untersuchungen und Positionen.

- Die Exportintensität des GDP in den EU-Ländern ist differenziert, aber in vielen Ländern hoch – höher als in den USA und Japan. Im Jahr 2008 reichte die Skala von Belgien mit 75 Prozent bis Zypern mit 6,8 Prozent. Zu den Ländern mit der höchsten Exportabhängigkeit zählten neben Belgien die Slowakei, Ungarn, die Tschechische Republik, die Niederlande, Slowenien und Estland, für die die Kennziffer im genannten Jahr bei über 50 Prozent lag. (WKO 2012) Im Austausch innerhalb der EU bilden dabei höherwertig verarbeitete Produkte den gewichtigen Teil. Hier wird aber schon ein Problem deutlich: der Automobilsektor bestimmt mit 10 Prozent (2010) direkt den größten Anteil der Exporte der EU-Länder untereinander. (Eurostat 2011, 79) Für Deutschland ist festzuhalten, dass die Außenhandelsabhängigkeit wächst. Die Exportintensität des BIP lag 2011 bei 48 Prozent. (Raschen 2012, S. 1) In fast gleichem Maße wie die Exporte sind aber auch die Importe gestiegen, wobei auch hier die EU und die Eurozone die wichtigsten Partner sind. Die Importe lagen nominal im Jahr 2011 um 62 Prozent höher als 2000. (Raschen 2012, S. 3) Ähnlich verhält es sich auf dem Gebiet der ausländischen Direktinvestitionen. (Raschen 2012, S. 5) Schon auf dieser Ebene bestätigt sich nicht nur ein hoher Grad der Verflechtung, sondern auch eine hohe Qualität derselben. Dahinter stehen langfristige Tendenzen. Bereits Anfang der neunziger Jahre lagen in dieser Hinsicht Untersuchungen für den Sektor der Automobilproduktion vor. (Bochum and Meißner 1989) Selbst das „europaskeptische“ Tschechien wird über die in diesem Zusammenhang entstehenden arbeitsteiligen Abhängigkeiten integriert. Die hier entstandenen globalen Produktionsnetzwerke dürften unter dem von Grahl hervorgehobenen Gesichtspunkt der Vertiefung des Vergesellschaftungsprozesses eine entscheidende stabilisierende Rolle spielen. (als Überblick: Gundlach 2011)

- Die innere Verflechtung der Ökonomien macht alle Mitgliedsstaaten abhängig von der Entwicklung der globalen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei sind vor allem drei Faktoren von Bedeutung: der Trend, dass in Handelsabkommen zunehmend Regionen als Partner in Erscheinung treten, das wachsende Gewicht der BRIICS-Staaten in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen generell und das Aufkommen einer „new generation of investment policies“. (UNCTAD 2012, 99-101)

- Eine Auswertung von Studien aus verschiedenen Ländern zu den Wirkungen von Export-Import-Relationen auf Unternehmen zeigt, dass diese tendenziell a) die Produktivität und b) die Überlebensfähigkeit steigern. Das gilt nicht für die Profitabilität. (Wagner 2012) Das reibungslose Funktionieren des globalen Marktes und eine konfliktlose Einordnung in die internationale Arbeitsteilung dürfte also ein Motiv der Unternehmen sein, die durch die EU gebotenen Möglichkeiten zu nutzen.

- Krieger-Boden und Traistaru-Siedschlag kommen zu dem Ergebnis, dass sich im Zuge der EU-Entwicklung Strukturveränderungen eher in den Ländern und Regionen, als zwischen ihnen vollziehen. Sie kommen zu dem Schluss: „No evidence could be found that integration would replace national core-periphery systems by a unique Europe-

wide core-periphery system.“ (Krieger-Boden and Traistaru 2008, 25) Andere AutorInnen kommen zu leicht differierenden Ergebnissen, betonen aber auch, dass bei einer vorhandenen Konvergenz zwischen den Staaten die Entwicklungsdifferenzen innerhalb der Staaten eher wachsen. Die Entwicklungen nach Erscheinen dieser Untersuchung bestätigen dies, verweisen aber in noch schärferem Maße auf die auf allen Ebenen verlaufenden regionalen Differenzierungen.

- Der Euro spielt eine Rolle z.B. hinsichtlich der Effektivierung der Handelsströme bei nicht unbedingt steigendem Volumen. „...a low effect of the euro on quantities traded does not mean that there are no cost-savings from introducing the euro. The larger part of cost savings operates not through additional trade, but through less costly transactions in existing trade volumes...“ (Hogrefe, Jung, and Kohler 2012, 41f.) Deren Untersuchungen bestätigen die alte Forderung, dass eine Währungsunion für sich genommen die Ungleichheiten vergrößern kann, wenn sie nicht mit anderen Maßnahmen, die die Konkurrenzpositionen angleichen, verbunden sind.

- Die Bedeutung des Wirtschaftsraumes EU liegt nach Auffassung von Keller und Yeaple unter anderem auch darin, dass gerade bei modernen, komplexen Produkten der sog. „Wissensökonomie“ die Kosten des Technologietransfers an bestimmten Punkten die des Warentransfers übersteigen. Daher, so zeigen Untersuchungen, müssen auch große internationale Konzerne ihre Heimatbasis entwickeln. (Keller and Yeaple 2008, 37-38)

Zu den gleichen Ergebnissen kommt Barba Navaretti: „The global projection of European firms starts however in the single market, as this is the quintessential quasi-domestic space where firms initially grow and reinforce their competitiveness. The coordination of structural policies at the European level, which has been lagging compared to aggregate demand policies, would also contribute to strengthening European firms.“ (Barba Navaretti et al. 2011, 51)

Nur erwähnt werden sollen hier die Rolle der EU bei der Strukturierung der Landwirtschaft (der Agrarmarkt ist nach wie vor eines der breitesten Felder der Aktivitäten der EU), die Rolle von Programmen wie ESF und EFRE sowie die Bedeutung der EU im Bereich der Standardisierung und Normung.

Diese Beispiele legen die Vermutung nahe, dass der Integrationsprozess zwar nicht zu einer Verringerung der Ungleichheiten beigetragen (wenigstens nicht in dem Maße, wie es mitunter behauptet wird), aber die Qualität der Ungleichheiten sich verändert hat. In den regional studies wird meist das pro-Kopf-GDP als Indikator gewählt. (Ezcurra et al. 2005) So ist aber nicht das Entstehen der Unterschiede und auch nicht die Natur der Verflechtungen, die hinter diesen Unterschieden stehen, zu erklären. Bei gleichbleibendem pro-Kopf-Einkommen können sich die Grundlagen des Einkommens verändern, was wiederum ggf. völlig unterschiedlich Reproduktionserfordernisse des Kapitals nach sich zieht. Die Gleichzeitigkeit von Strukturwandel und Abbau sozialer Rechte und Leistungen verzerren daher möglicherweise das Bild. Die von Sotiropoulos konstatierte Symbiose des Kapitals hat also eine materielle Grundlage, die über die finanziellen Verflechtungen hinausgeht.

Konsequenzen

Die hier nur sehr verkürzt wiedergegebenen Befunde unterstreichen die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Blicks auf die EU. Bei der Bewertung der Veränderungen sind verschiedene Ebenen zu unterscheiden:

- Veränderungen, die sich in volkswirtschaftlich-aggregierten (bzw. -aggregierbaren) Indikatoren niederschlagen,

- Veränderungen, die sich in der Entwicklung arbeitsteiliger Beziehungen in Unternehmen manifestieren,
- Veränderungen, die sich in der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und der sozialen Beziehungen insgesamt zeigen,
- Veränderungen, die die Reproduktionsbedingungen des konstanten Kapitals (im Sinne „allgemeiner Reproduktionsbedingungen“ im Marxschen Sinne) betreffen.

Aus theoretischer Sicht wie auch bei einer Zusammenschau der unterschiedlichen Analyseergebnisse ist die These berechtigt, dass es als Kehrseite der finanzkapitalistisch geprägten Interessen einen harten Kern allgemein-ökonomischen Interesses gibt, der die EU und den Euro-Raum zusammenhält. Die Funktionsweise dieses Zusammenhaltes und die Konsequenzen für linke Strategien bedürfen einer weiteren Diskussion. Weiter oben wurde konstatiert, dass der Integrationsprozess nicht unmittelbar als linearer Prozess verstanden und analysiert werden kann. Seine (Selbst)Steuerung resultiert nicht aus Weisungen und nicht vorrangig aus Ausgabenprogrammen, sondern realisiert sich durch ein System gegenseitiger Kontrolle und Konsultation der Akteure verschiedenster Ebenen. (Brangsch 2008) Unter diesem Gesichtspunkt wären die Nationalen Reformprogramme (National Reform Programme - NRP) bzw. die entsprechenden Empfehlungen der EU (Commission 2012c) als Formen der Realisierung des Integrationsprozesses sowohl in materieller wie auch in politischer Hinsicht zu verstehen. (Commission 2012d) Die Nationalen Reformprogramme sind es, in denen die (real)wirtschaftliche Integration sich gegenwärtig vielleicht am klarsten in ihren Richtungen, Folgen, Potenzen und Grenzen erkennen lässt. Dem gegenüber sind die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme auf die fiskalpolitische Seite dieses Prozesses gerichtet. (aktuell: Bundesregierung 2012)²

Offensichtlich ist vor diesem Hintergrund, dass eine „Rückabwicklung“ von EU und EURO aus der Sicht der Veränderungen ihrer materiellen Basis und auch angesichts der globalen Herausforderungen (ökologisch-soziale Krise, ungerechte internationale Arbeitsteilung usw.) kaum weiterbringen wird. Es ist keinesfalls so, dass ein starkes Interesse in der EU bestehen kann, einzelne Länder aus der Eurozone oder der EU auszuschließen – wie auch der Austritt durch die vorhandenen Verflechtungen kaum breitere Spielräume schaffen dürfte, wie dies z.B. Becker annimmt, der die Gegentendenzen zu den zerstörerischen Prozessen nicht in Rechnung stellt. (Becker 2012, 475)

Die Auseinandersetzung muss in und um die EU und den Euro geführt werden. Es geht um eine gemeinsame Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen in allen EU-Mitgliedsländern gleichermaßen. Letztlich läuft darauf auch die Forderung nach der Überwindung der Ungleichgewichte zwischen den Staaten hinaus – nur wird das nicht sofort klar. Die Konsequenzen des Umbaus sind kaum zu überschauen und wird gerade in Deutschland mit enormen Konflikten gerade in den Bereichen verbunden sein, in denen die Gewerkschaften noch stark sind – vor allem in der Automobilbranche. Das Maß an realer Verflechtung und gegenseitiger Abhängigkeit in der EU übertrifft momentan noch das Maß an gemeinsamem Handeln der Linken in erheblicher Dimension. Michel Aglietta formuliert die Aufgabe folgendermaßen:

“Integration in the absence of a Europe-wide development strategy succeeded only in concentrating industrial activity in the regions where it was already strong, while the periphery lost ground. To counter this slide into long-term stagnation will require a development project capable of relaunching innovation across the whole range of

² Eine Übersicht wird durch das Bundesfinanzministerium angeboten. (BMF 2012)

economic activities, driven by investment largely anchored at regional and local level, with a strong environmental component. By correcting its own imbalances, the Eurozone will be better equipped to play a role in the ongoing structural transformation of the world economy, in which the preponderance of the West will inevitably diminish.” (Aglietta 2012) Die Begrenzungen dabei trifft der US-amerikanische Ökonom J. Bradford DeLong recht gut, wenn er sagt, dass die Politiker doch endlich sagen sollten, was sie meinen, wenn sie von “Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit” sprechen. Das könne aber für sie die “Karrierechancen verringern”. (DeLong 2012)

- Aglietta, Michel. 2012. "The European Vortex." *New Left Review* no. 75 (May/June 2012).
- Barba Navaretti, Giorgio, Matteo Bugamelli, Fabiano Schivardi, Carlo Altomonte, and Daniel Horgos. 2011. *The global operations of European firms : the second EFIGE policy report, Bruegel blueprint*. Brussels: Brussels European and Global Economic Laboratory.
- Becker, Joachim. 2012. "Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU." *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* no. 42 (168):467-476.
- BMF. *Neue wirtschaftspolitische Steuerung - Stabilitäts- und Konvergenzprogramme & Nationale Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten*. BMF 2012 [cited 14.10.2012. Available from http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Neue_haushaltspolitische_Ueberwachung/2012-08-14-ratsstellungnahmen-stabilitaets-und-konvergenzprogramm.html.
- Bochum, Ulrich, and Heinz Rudolf Meißner. 1989. "Das euro-flexible Unternehmen." In *Europa '92. Industriestandort oder sozialer Lebensraum*, edited by Franz Steinkühler, 81-107. Hamburg: VSA.
- Brangsch, Lutz. 2008. "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Die "Offene Koordinierungsmethode" und die neue Sozialagenda der EU." *transform. Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog* no. 03/2008:138-146.
- . 2009. "Faced with a Crisis, Will the EU Manage to be More Than the Sum of its Parts?" *transform. European journal for alternative thinkin and political dialog* (04/2009):38-47.
- Bundesregierung. 2012. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2011/2012 der EU-Mitgliedsstaaten. In *Drucksache 17/10669*, edited by Deutscher Bundestag. Berlin.
- Busch, Ulrich. 2012. "Geldkapital, Finanzkapital und Finanzindustrie. Zur Phänomenologie des entwickelten Kapitalismus." *Berliner Debatte Initial* (Nr. 2/2012):S. 104-115.
- Commission, European. 2002. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Industrial Policy in an Enlarged Europe*. Vol. COM(2002) 714 final. Brussels.
- . 2010a. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. An Integrated Industrial Policy for the Globalisation Era. Putting Competitiveness and Sustainability at Centre Stage*. Vol. COM(2010) 614. Brussels.
- . 2010b. *Communication from the Commission. Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth*. Vol. COM(2010) 2020 final.
- . 2012a. Commission staff working document. Restructuring in Europe 2011. In *Brussels, 17.1.2012 SEC(2012) 59 final*, edited by European Commission. Brussels.
- . 2012b. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A Stronger European Industry for Growth and Economic Recovery Industrial Policy Communication. Update*. Brussels.

- . 2012c. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Action for Stability, Growth and Jobs*. Vol. COM(2012) 299 final. Brussels.
- . *Country-specific Recommendations 2012-2013 - European Commission* 2012d [cited 14.10.2012. Available from http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm].
- . *Europe 2020 – Europe's growth strategy* 2012e [cited 14.10.2012. Available from http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm].
- . 2012f. *European Economic Forecast. Spring 2012, European Economy 1/2012*.
- . 2012g. Green Paper. Restructuring and anticipation of change: what lessons from recent experience? In *COM(2012) 7 final*, edited by European Commission. Brussels, 17.1.2012.
- DeLong, J. Bradford. 2012. "Wie der Süden wieder aufholen kann." *Financial Times Deutschland* (10.10.2012):24.
- Eurostat. 2011. *External and intra-EU trade. A statistical yearbook. Data 1958 - 2010*. Edited by European Commission. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Evers, Jens. 2001. *Der EGKS-Vertrag und die europäische Industriepolitik : Versuch einer Außenwirkungsanalyse auf die deutsche Stahlindustrie*. Berlin.
- Ezcurra, Roberto, Carlos Gil, Pedro Pascual, and Manuel Rapún. 2005. "Regional inequality in the European Union: Does industry mix matter?" *Regional Studies* no. 39 (6):679-697. doi: 10.1080/00343400500213473.
- Grahl, John. 2003. "Financial Integration and European Society." In *The Emergence of a New Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics*, edited by Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling and Frank Deppe, 9-27. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG).
- Grunwald, Jürgen. 2003. *Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften. EGKS-EURATOM-EG. Grundlagen, Geschichte, Geltende Regelungen*. Berlin: de Gruyter.
- Gundlach, Oliver. 2011. *Globale Produktionsnetzwerke. Erreicht die Globalisierung einen Wendepunkt?* Hamburg.
- Hogrefe, Jan, Benjamin Jung, and Wilhelm Kohler. 2012. *Putting Currency Misalignment into Gravity: The Currency Union Effect Reconsidered*. Vol. No. 32, *University of Tübingen, Working Papers in Economics and Finance*. Tübingen: Eberhard Karls Universität Tübingen.
- Hönighaus, Reinhard, and Martin Kaelble. 2012. "Schuldenabbau im Schneckentempo." *Financial Times Deutschland*, 28.09.2012, S. 16.
- Karagiannis, Nikolaos, and Alexander G. Kondeas. 2012. The Greek financial crisis and a developmental path to recovery: Lessons and options. *real-world economics review* (60): 54-73, <http://www.paecon.net/PAERreview/issue60/KaragiannisKondeas60.pdf>.
- Keller, Wolfgang, and Stephen R. Yeaple. 2008. *Global production and trade in the knowledge economy, NBER working paper series*. Cambridge, Mass.
- Krieger-Boden, Christiane, and Iulia Traistaru. 2008. "Regional structural change and cohesion in the enlarged European Union." In *The Impact of European Integration on Regional Structural Change and Cohesion*, edited by Christiane Krieger-Boden, Edgar Morgenroth and George Petrakos. London/New York.
- Louçã, Francisco. 2012. "Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie." *transform. Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog* (10/2012):22-33.

- OECD. 2012. OECD Science, Technology and Industry Outlook 2012. Highlights.
<http://www.oecd.org/sti/sti-outlook-2012-highlights.pdf>.
- Plenk, Johanna, Gernot Nerb, Klaus Wohlrabe, and Benjamin Born. 2012. Vol. 11, No. 3, August 2012, *CESifo World Economic Survey*. München: Ifo Institut.
- Plumpe, Werner, and André Steiner. 2008. "Dimensionen wirtschaftlicher Integrationsprozesse in West- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg." *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* no. 2008/2:21-38.
- Primorac, Marina. *IMF Survey: History Offers Tips for Getting a Handle on Public Debt* 2012. Available from
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/RES092712B.htm>.
- Raschen, Martin. 2012. *Die aussenwirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands*. Edited by KfW. Vol. Nr. 64, Juni 2012, *KfW-Akzente*. Frankfurt/Main.
- Roubini, Nouriel, and Stephen Mihm. 2010. *Crisis economics. A crash course in the future of finance*. London.
- Schrader, Klaus, and Claus-Friedrich Laaser. 2012. *Die Krise in Süreuropa oder die Angst vor dem Dominoeffekt. Griechenland, Portugal und Spanien im Krisentest*. Edited by Institut für Weltwirtschaft Kiel. Vol. Nr. 500/501, Januar 2012, *Kieler Diskussionsbeiträge*. Kiel.
- Sifakis-Kapetanakis, Catherine. 2010. "Fortschritt und Rückschritt der Europäischen Union." In *Sichtbare Hände - Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus*, edited by Judith Dellheim and Günter Krause, 75-92. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- . 2011. Macroeconomic Asymmetry and Imbalance in the Eurozone.
http://www.boeckler.de/pdf/v_2011_10_27_sifakis-kapetanakis.pdf.
- Sotiropoulos, Dimitris P. 2012. "Thoughts on the ongoing European debt crisis: A new theoretical and political perspective." In *The political economy of public debt & Austerity in the EU*, edited by Elena Papadopoulou and Gabriel Sakellaridis, 65-74. Athen: Nissos Publications.
- Tajani, Antonio. 2012. EUROPA - PRESS RELEASES - Press Release - Industrial revolution brings industry back to Europe. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1085_en.htm?locale=en.
- UNCTAD. 2012. *World Investment Report 2012. Towards a new generation of investment policies*. New York / Geneva.
- Wagner, Joachim. 2012. "International trade and firm performance: a survey of empirical studies since 2006." *Review of World Economics* no. 148 (2):235-267.
- WKO. *Außenhandelsintensität der EU-Mitglieder 2008* 2012 [cited 14.10.2012. Available from http://wko.at/statistik/wgraf/2009-08_Exportintensit%C3%A4t_2008.pdf.